BPlan "Osterwiecker Straße", Einheitsgemeinde Stadt Osterwieck Ortsteil Berßel
 Stellungnahmen der Behörden und Träger öffentlicher Belange zur erneuten Beteiligung
 gem. §4a Abs. 3 BauGB sowie benachbarter Städte und Gemeinden vom 29.07. - 28.08.2015
 Stand: 02.09.2015

Nr.	TÖB, Datum Eingang, Stellungnahme	Vorschlag Abwägung	Ergebnis Abstimmung
3	Landesverwaltungsamt, Referat Raumordnung, Landesentwicklung, Postfach 20 02 56, 06112 Halle (Saale), Eingang: 27.08.2015		
	<p>Im Beteiligungsverfahren nach § 4 Baugesetzbuch (BauGB) gebe ich als Träger öffentlicher Belange nachfolgende gebündelte Stellungnahme des Landesverwaltungsamtes ab. Mit dieser Stellungnahme wird den vorgeschriebenen Genehmigungs- und Zulassungsverfahren nicht vorgegriffen und es werden damit weder öffentlich-rechtliche noch privatrechtliche Zustimmungen und Gestattungen erteilt. Meine Behörde nimmt keine Vorabwägung vor.</p> <p>Diese Stellungnahme enthält die Einzelstellungen der Fachreferate wie folgt:</p> <p>1. Als obere Luftfahrtbehörde und Erlaubnisbehörde für den Großraum- und Schwerverkehr (Referat 307) Im Rahmen der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange stehen dem Vorhaben aus ziviler luftverkehrsrechtlicher Sicht keine Einwände entgegen.</p> <p>2. Als obere Abfall- und Bodenschutzbehörde (Referat 401) Nach Prüfung der zu diesem Vorhaben beigebrachten Unterlagen stelle ich fest, dass durch die Maßnahme keine Belange berührt sind, die meinen Aufgabenbereich als obere Abfallbehörde berühren. Innerhalb der Umgrenzung des Geltungsbereiches befinden sich keine Deponien in Zuständigkeit des LVWA.</p> <p><u>Hinweis:</u> Die Belange des Bodenschutzes werden durch die untere Bodenschutzbehörde des Landkreises wahrgenommen.</p> <p>3. Als obere Immissionsschutzbehörde (Referat 402) Wie bereits im Mai 2015 mitgeteilt wurde, bestehen aus der Sicht des Immissionsschutzes zum o.g. Bebauungsplan keine Bedenken in Bezug auf die von unserem Zuständigkeitsbereich erfassten Belange. In der unmittelbaren Umgebung und im Geltungsbereich befinden sich keine Anlagen, die nach dem BImSchG genehmigungsbe-</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>	

BPlan "Osterwiecker Straße", Einheitsgemeinde Stadt Osterwieck Ortsteil Berßel
 Stellungnahmen der Behörden und Träger öffentlicher Belange zur erneuten Beteiligung
 gem. §4a Abs. 3 BauGB sowie benachbarter Städte und Gemeinden vom 29.07. - 28.08.2015
 Stand: 02.09.2015

Nr.	TÖB, Datum Eingang, Stellungnahme	Vorschlag Abwägung	Ergebnis Abstimmung
	<p>dürftig sind und für deren Überwachung das Landesverwaltungsamt zuständig ist.</p> <p>Auf die von den Gewerbeflächen ausgehenden Lärmauswirkungen und die Notwendigkeit der Einhaltung von Immissionsgrenzwerten wird in der Begründung verwiesen. Als Bewertungsmaßstab sollten dazu das Beiblatt 1 zur DIN 18005 - Schallschutz im Städtebau - sowie die TA - Lärm herangezogen werden. Um schädliche Umwelteinwirkungen in schutzbedürftigen Nutzungen zu vermeiden, soll das Gebiet entsprechend dem Störpotenzial gegliedert werden.</p> <p>Im Rahmen der Baugenehmigungsverfahren sind dann alle weiteren immissionsschutzrechtlichen Anforderungen (z.B. hinsichtlich Luftschadstoffen, Lärm und Gerüchen) an die Errichtung und den Betrieb der gewerblichen Anlagen zu stellen und die Einhaltung der Immissionsrichtwerte nach TA - Lärm zu prüfen.</p> <p>4. Als obere Behörde für Wasserwirtschaft (Referat 404) Für das bezeichnete Vorhaben ist eine Betroffenheit des Referats 404 nicht ersichtlich.</p> <p>5. Als obere Behörde für Abwasser (Referat 405) Durch das geplante Vorhaben werden keine abwasserrechtlichen Belange in Zuständigkeit des Ref. 405 des Landesverwaltungsamtes berührt.</p> <p>6. Als obere Naturschutzbehörde (Referat 407) Vom Entwurf des hier benannten Bebauungsplanes werden derzeit keine Belange der oberen Naturschutzbehörde berührt.</p> <p><u>Hinweis:</u> Umweltschadengesetz und Artenschutzrecht sind zu beachten. Ich verweise in diesem Zusammenhang insbesondere auf § 19 BNatSchG i. V. m. dem Umweltschadengesetz (vom 10. Mai 2007, BGBl. Teil I S. 666) sowie auf die §§ 44 und 45 BNatSchG.</p> <p>Im Auftrag Hänsch</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>	

BPlan "Osterwiecker Straße", Einheitsgemeinde Stadt Osterwieck Ortsteil Berßel
 Stellungnahmen der Behörden und Träger öffentlicher Belange zur erneuten Beteiligung
 gem. §4a Abs. 3 BauGB sowie benachbarter Städte und Gemeinden vom 29.07. - 28.08.2015
 Stand: 02.09.2015

Nr.	TÖB, Datum Eingang, Stellungnahme	Vorschlag Abwägung	Ergebnis Abstimmung
3a	Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr des Landes Sachsen-Anhalt, Postfach 3653, 39011 Magdeburg, Eingang: 02.09.2015		
	<p>Landesplanerische Feststellung Hiermit stelle ich fest, dass das beantragte raumbedeutsame Vorhaben, Bebauungsplan "Osterwiecker Straße" in der Ortschaft Berßel der Stadt Osterwieck mit den Erfordernissen der Raumordnung vereinbar ist.</p> <p>Begründung der Raumbedeutsamkeit Gemäß § 3 Nr. 6 ROG sind raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen Planungen einschließlich der Raumordnungspläne, Vorhaben und sonstige Maßnahmen, durch die Raum in Anspruch genommen oder die räumliche Entwicklung oder Funktion eines Gebietes beeinflusst wird, einschließlich des Einsatzes der hierfür vorgesehenen öffentlichen Finanzmittel.</p> <p>Der Entwurf des Bebauungsplans „Osterwiecker Straße“ ist aufgrund seiner Größe von 4,983 ha und den Auswirkungen auf die Erfordernisse der Raumordnung raumbedeutsam im Sinne von raumbeanspruchend und raumbeeinflussend.</p> <p>Begründung der landesplanerischen Feststellung Der Landesentwicklungsplan des Landes Sachsen-Anhalt (LEP 2010) enthält die landesbedeutenden Ziele und Grundsätze der Raumordnung, die der Entwicklung, Ordnung und Sicherung der nachhaltigen Raumentwicklung des Landes Sachsen-Anhalt zugrunde zu legen sind. Diese festgelegten Grundsätze und Ziele der Raumordnung sollen in die Regionalen Entwicklungspläne übernommen und, soweit erforderlich, konkretisiert und ergänzt werden. Dabei sind die Ziele und Grundsätze der Raumordnung, die der Entwicklung, Ordnung und Sicherung der nachhaltigen Raumentwicklung in der Planungsregion dienen, festgelegt. Die Regionalen Entwicklungspläne für die Planungsregionen gelten fort, soweit sie den in dieser Verordnung festgelegten Zielen der Raumordnung nicht widersprechen.</p> <p>Mit den im Landesentwicklungsplan des Landes Sachsen-Anhalt (LEP 2010) und im Regionalen Entwicklungsplan Harz festgeschriebenen Zielen der Raumordnung zur nachhaltigen Raumentwicklung hat sich die Stadt Osterwieck in der Be-</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>	

BPlan "Osterwiecker Straße", Einheitsgemeinde Stadt Osterwieck Ortsteil Berßel
 Stellungnahmen der Behörden und Träger öffentlicher Belange zur erneuten Beteiligung
 gem. §4a Abs. 3 BauGB sowie benachbarter Städte und Gemeinden vom 29.07. - 28.08.2015
 Stand: 02.09.2015

Nr.	TÖB, Datum Eingang, Stellungnahme	Vorschlag Abwägung	Ergebnis Abstimmung
	<p>gründung zum Bebauungsplan „Osterwiecker Straße“ auseinandergesetzt.</p> <p>Die Stadt Osterwieck beabsichtigt in der Ortschaft Berßel die planungsrechtlichen Grundlagen für die Errichtung von Wohn- und Gewerbegebäuden mit zugehörigen Nebenanlagen zu schaffen.</p> <p>Zum einen soll im östlichen Bereich des Planungsgebietes eine Weiterentwicklung der Bebauung zu Wohn- und gewerblichen Zwecken erfolgen, zum anderen beabsichtigt die Landboden - Osterwieck Agrodienste GmbH & Co. KG eine bauliche Weiterentwicklung im westlichen Planungsgebiet. Der Bebauungsplan weist im westlichen Bereich gewerbliche Bauflächen und im östlichen Bereich gemischte Bauflächen aus.</p> <p>Zum Entwurf, Stand Februar 2015 bzw. Mai 2015, wurden bereits positive landesplanerische Stellungnahmen abgegeben. Diese behalten auch ihre Gültigkeit für den überarbeiteten Entwurf vom Juli 2015 (u. a. Verschiebung der südlichen Baugrenze im GE/GEe und Sicherung der bestehenden Zufahrt zum GE).</p> <p>Als oberste Landesentwicklungsbehörde stelle ich fest, dass der Bebauungsplan „Osterwiecker Straße“ in der Ortschaft Berßel der Stadt Osterwieck nicht im Widerspruch zu den Erfordernissen der Raumordnung steht. Rechtswirkung Ich verweise auf die Bindungswirkungen der Erfordernisse der Raumordnung gemäß § 4 ROG und die Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung nach § 1 Abs. 4 BauGB.</p> <p>Hinweise aus dem Raumordnungskataster Die oberste Landesentwicklungsbehörde führt entsprechend § 16 (1) Landesentwicklungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt das Raumordnungskataster (ROK) des Landes Sachsen-Anhalt und weist die raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen aller Ebenen und Bereiche im Land Sachsen-Anhalt nach. Auf Antrag stellen wir Ihnen gern die Inhalte des ROK für die Planung und Maßnahme bereit. Als Ansprechpartnerin steht Ihnen Frau Hartmann (Tel.: 0345-5141516) zur Verfügung. Die Abgabe der Daten erfolgt kostenfrei in digitaler Form (Shape-Format, Koordinatensystem UTM WGS84 Zone 32).</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>	

BPlan "Osterwiecker Straße", Einheitsgemeinde Stadt Osterwieck Ortsteil Berßel
 Stellungnahmen der Behörden und Träger öffentlicher Belange zur erneuten Beteiligung
 gem. §4a Abs. 3 BauGB sowie benachbarter Städte und Gemeinden vom 29.07. - 28.08.2015
 Stand: 02.09.2015

Nr.	TÖB, Datum Eingang, Stellungnahme	Vorschlag Abwägung	Ergebnis Abstimmung
	<p><u>Hinweis zur Datensicherung</u> Die Erfassung aller in Kraft gesetzten Bauleitpläne und städtebaulichen Satzungen ist u. a. Bestandteil des ROK. Ich bitte Sie daher, mich von der Genehmigung/Bekanntmachung der o. g. Bauleitpläne und städtebaulichen Satzungen durch Übergabe einer Kopie der Bekanntmachung und der in Kraft getretenen Planung einschließlich der Planbegründung in Kenntnis zu setzen.</p> <p>Mit dieser Stellungnahme wird den vorgeschriebenen Genehmigungs- und Zulassungsverfahren nicht vorgegriffen und es werden damit weder öffentlich-rechtliche noch privatrechtliche Zustimmungen und Gestattungen erteilt.</p> <p>Im Auftrag Krüger</p> <p>Verteiler: - LK Harz, FD Kreisentwicklung, Kreisplanung z. K. - RPG Harz per mail z. K. - Referat 309 z. A.</p> <p>Anlage: - Rechtsgrundlagen Anlage:</p> <p>Rechtsgrundlagen - Raumordnungsgesetz (ROG) vom 22. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2986), zuletzt geändert durch Artikel 9 des Gesetzes vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585), - Baugesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 20. November 2014 (BGBl. I S. 1748), - Landesentwicklungsgesetz Sachsen-Anhalt (LEntwG) vom 23. April 2015 (GVBl. LSA Nr. 9 S.170) - Verordnung über den Landesentwicklungsplan 2010 des Landes Sachsen-Anhalt vom 16.02.2011 (GVBl. LSA S. 160)</p>	<p>Dem Hinweis wird gefolgt. Eine Kopie der Bekanntmachung sowie der damit rechtskräftigen Planzeichnung mit Begründung wird übersandt.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>	
11	Landkreis Harz, Postfach 1542, 38805 Halberstadt Eingang: 27.08.2015		
	<p>Sehr geehrte Damen und Herren,</p> <p>Sie baten um eine Stellungnahme zum Entwurf</p>		

BPlan "Osterwiecker Straße", Einheitsgemeinde Stadt Osterwieck Ortsteil Berßel
 Stellungnahmen der Behörden und Träger öffentlicher Belange zur erneuten Beteiligung
 gem. §4a Abs. 3 BauGB sowie benachbarter Städte und Gemeinden vom 29.07. - 28.08.2015
 Stand: 02.09.2015

Nr.	TÖB, Datum Eingang, Stellungnahme	Vorschlag Abwägung	Ergebnis Abstimmung
	<p>der o.g. Planung. Hierzu wurden folgende Unterlagen vorgelegt:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Abwägung aus Beteiligung gem. § 4 Abs. 2 BauGB - überarbeitete Begründung Stand: 27.07.2015 - überarbeitete Planzeichnung Stand: 27.07.2015 <p>Zu diesem Planentwurf nehme ich nachfolgend als Behörde und sonstiger Träger öffentlicher Belange (A) sowie in städtebaulicher und baurechtlicher Hinsicht (B) Stellung.</p> <p>(A)</p> <p><u>Amt für Kreisstraßen/ Untere Straßenaufsicht, Baulastträger Kreisstraßen</u></p> <p>Nachfolgende Hinweise vom 12.05.2015 bleiben bestehen:</p> <p>Gegen die vorgelegte Planung bestehen seitens des Amtes für Kreisstraßen keine Bedenken.</p> <p>Im Rahmen der Zuständigkeit als untere Straßenaufsichtsbehörde werden nachfolgende Hinweise gegeben:</p> <p>Innerhalb des Plangebietes entstehen gem. Plandarstellung öffentliche Straßenverkehrsflächen.</p> <p>Bei Straßen, deren Bau in einem Bebauungsplan geregelt wird und die dem Charakter her öffentlich sein sollen, kann die Widmung nach § 6 StrG LSA in diesem Verfahren mit der Maßgabe verfügt werden, dass sie mit der Verkehrsfreigabe wirksam wird. Andernfalls ist ein gesondertes Widmungsverfahren in Zuständigkeit des zukünftigen Baulastträgers erforderlich. Mit dem Widmungsverfahren ist nach § 3 StrG LSA festzulegen, welcher Straßengruppe die Straße angehört. Darüber hinaus können Beschränkungen auf bestimmte Benutzerarten, Benutzerzwecke und Benutzerkreise vorgenommen werden. Nach § 4 StrG LSA ist die gewidmete Straße als öffentliche Verkehrsfläche in das Straßenbestandsverzeichnis der Gemeinde einzutragen.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Einheitsgemeinde Stadt Osterwieck beabsichtigt, die festgesetzte öffentliche Verkehrsfläche in einem gesonderten Verfahren zu widmen. Die Begründung wird ergänzt.</p>	

BPlan "Osterwiecker Straße", Einheitsgemeinde Stadt Osterwieck Ortsteil Berßel
 Stellungnahmen der Behörden und Träger öffentlicher Belange zur erneuten Beteiligung
 gem. §4a Abs. 3 BauGB sowie benachbarter Städte und Gemeinden vom 29.07. - 28.08.2015
 Stand: 02.09.2015

Nr.	TÖB, Datum Eingang, Stellungnahme	Vorschlag Abwägung	Ergebnis Abstimmung
	<p>Bauordnungsamt / Vorbeugender Brandschutz</p> <p>Die Stellungnahme vom 13.07.2015 bleibt bestehen.</p> <p><u>Wortlaut der Stellungnahme vom 13.07.2015:</u></p> <p><i>„Auf der Grundlage der Bauordnung sowie der angrenzenden Rechtsvorschriften und Normen in der jeweils geltenden Fassung, wird im Rahmen des vorbeugenden Brandschutzes folgende Stellungnahme zu dem o. g. Vorhaben abgegeben. Die Prüfung bezieht sich Ausschließlich auf die vorliegenden Projektunterlagen. Bestehende und entstehende Nutzungsgebiete und Anlagen müssen so beschaffen sein, dass der Entstehung und Ausbreitung von Feuer und Rauch vorgebeugt wird, und bei einem Brand die Rettung von Menschen und Tieren sowie eine wirksame Brandbekämpfung möglich sind. Flächen für die Feuerwehr sind entsprechend BauO LSA §5 in Verbindung mit der "Richtlinie über Flächen für die Feuerwehr" herzurichten. Bei der Durchführung von Baumaßnahme ist eine jederzeitige Zufahrt, insbesondere für Fahrzeuge der Feuerwehr und des Rettungsdienstes zu anliegenden Grundstücken und zur Baustelle zu gewährleisten. Bei Straßensperrungen und damit verbundene, Umleitungen sind die Zentrale Einsatzleitstelle des Landkreises (Tel. 03941/69999) sowie die örtlich zuständige Feuerwehr zu informieren. Bei Objekten mit einer Entfernung > 50 m zur öffentlichen Verkehrsfläche und Objekten mit erforderlichen Aufstellflächen sind Zu- und Durchfahrten sowie Aufstell- und Bewegungsflächen für Feuerwehrfahrzeuge zu gewährleisten.</i></p> <p>Die Prüfung zum baulichen Brandschutz der ein-</p>	<p>Die dort gegebenen Hinweise wurden bereits in der Abwägung zur genannten Stellungnahme berücksichtigt. Diese behält ebenfalls ihre Gültigkeit, da die Planung für die betroffenen Bereiche unverändert ist. Zur Übersicht werden im folgenden die Hinweise aus der Stellungnahme und ihre Abwägung im Wortlaut wiedergegeben:</p> <p><u>Wortlaut der Abwägung zu den Hinweisen der Stellungnahme vom 13.07.2015:</u></p> <p>„- wird zur Kenntnis genommen</p> <p>- wird zur Kenntnis genommen“</p>	

BPlan "Osterwiecker Straße", Einheitsgemeinde Stadt Osterwieck Ortsteil Berßel
 Stellungnahmen der Behörden und Träger öffentlicher Belange zur erneuten Beteiligung
 gem. §4a Abs. 3 BauGB sowie benachbarter Städte und Gemeinden vom 29.07. - 28.08.2015
 Stand: 02.09.2015

Nr.	TÖB, Datum Eingang, Stellungnahme	Vorschlag Abwägung	Ergebnis Abstimmung
	<p><i>zelen Anlagen kann nur auf der Grundlage der konkreten Bauunterlagen erfolgen.“</i></p> <p>(B)</p> <ul style="list-style-type: none"> Die südliche Baugrenze im Bereich des GE/GEe's sollte bemaßt werden, da der Abstand zum befestigten Fahrbahnrand im Plan nicht ersichtlich ist. <p>Zudem weise ich darauf hin, dass sich das Gebäude „Osterwiecker Straße 178“ zum Teil außerhalb der Baugrenze befindet und somit Nutzungsänderungen bzw. Erweiterungen nicht möglich sind. Dieser Sachverhalt sollte mit der zuständigen Straßenbaubehörde geklärt werden.</p> <ul style="list-style-type: none"> Auf die Unterscheidung in MI 1 und MI 2 sollte verzichtet werden. Dies suggeriert, dass unterschiedliche Gebiete entstehen sollen, was jedoch nicht der Fall ist. Das Ausweisen eines MI ist ausreichend. <p>Ich bitte Sie, die gegebenen Hinweise für die weitere Planung zu berücksichtigen.</p> <p>Diese Stellungnahme gilt, solange sich nichts anderes aufgrund der Änderung von Rechtsgrundlagen ergibt oder bis neue rechtsrelevante Erkenntnisse bekannt werden.</p>	<p>Dem Hinweis wird gefolgt. Zusätzlich zum Hinweis auf dem Plan (20 m Abstand vom äußeren Rand der befestigten Fahrbahn) wird ergänzend eine Maßangabe bezogen auf die Grenze des Geltungsbereiches in die Planzeichnung aufgenommen.</p> <p>Dieser Sachverhalt ist bekannt und mit der Landesstraßenbaubehörde besprochen worden. Für das Gebäude besteht gem. Stellungnahme der Landesstraßenbaubehörde vom 06.07.2015 lediglich Bestandschutz, da es sich außerhalb der Ortsdurchfahrt innerhalb eines Abstandes von 20m zum befestigten äußeren Rand der Fahrbahn befindet (vgl. §24 Abs. 1 Nr. 1 StrG LSA). Um Veränderungen / Erweiterungen zu ermöglichen, müsste die Ortsdurchfahrt entsprechend verschoben werden. Dies entspricht jedoch nicht den Planungszielen der Einheitsgemeinde Stadt Osterwieck. Aus diesen Gründen bleibt die Baugrenze erhalten.</p> <p>Dem Hinweis wird gefolgt. Als Bezeichnung wird einheitlich MI gewählt und Planzeichnung und Begründung redaktionell überarbeitet</p>	

BPlan "Osterwiecker Straße", Einheitsgemeinde Stadt Osterwieck Ortsteil Berßel
 Stellungnahmen der Behörden und Träger öffentlicher Belange zur erneuten Beteiligung
 gem. §4a Abs. 3 BauGB sowie benachbarter Städte und Gemeinden vom 29.07. - 28.08.2015
 Stand: 02.09.2015

Nr.	TÖB, Datum Eingang, Stellungnahme	Vorschlag Abwägung	Ergebnis Abstimmung
	<p>Ich bitte Sie, den Landkreis Harz auch weiterhin über den Verlauf der Planung zu informieren, insbesondere um Mitteilung über das Abwägungsergebnis und die Übersendung von 3 Ausfertigungsexemplaren sowie der Bereitstellung in digitaler Form, im Rahmen der X-Planung.</p> <p>Mit freundlichen Grüßen</p> <p>im Auftrag</p> <p>Schöbel</p>		
12	Amt für Landwirtschaft, Flurneuordnung und Forsten Mitte, Große Ringstraße 52, 38820 Halberstadt, Eingang: 07.08.2015		
	<p>Sehr geehrte Damen und Herren,</p> <p>zum Vorhaben „Aufstellung des Bebauungsplanes „Osterwiecker Straße“ in der Ortschaft Berßel gemäß § 4 II BauGB“ gebe ich folgende Stellungnahme ab:</p> <p>Aus den von mir zu vertretenden Belangen ergeben sich keine Einwände gegen das Vorhaben in der geänderten Fassung.</p> <p>Hinsichtlich der landwirtschaftlichen Belange verweise ich auf die Hinweise in meiner Stellungnahme vom 08.05.2015.</p> <p>Mit freundlichem Gruß</p> <p>Im Auftrag</p> <p>Gez. Hünsche</p> <p><u>Wortlaut der Stellungnahme vom 08.05.2015:</u></p> <p>„Sehr geehrte Damen und Herren,</p> <p>zum Vorhaben „Aufstellung des Bebauungsplanes „Osterwiecker Straße“ in der Ortschaft Berßel gemäß § 4 II BauGB“ gebe ich folgende Stellungnahme ab:</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die genannten Hinweise wurden bereits in der Abwägung zur genannten Stellungnahme berücksichtigt. Diese behält ebenfalls ihre Gültigkeit, da die Planung für die betroffenen Bereiche unverändert ist.</p> <p>Zur Übersicht werden im folgenden die Hinweise aus der Stellungnahme und ihre Abwägung im Wortlaut wiedergegeben:</p> <p><u>Wortlaut der Abwägung zu den Hinweisen der Stellungnahme vom 08.05.2015:</u></p>	

BPlan "Osterwiecker Straße", Einheitsgemeinde Stadt Osterwieck Ortsteil Berßel
 Stellungnahmen der Behörden und Träger öffentlicher Belange zur erneuten Beteiligung
 gem. §4a Abs. 3 BauGB sowie benachbarter Städte und Gemeinden vom 29.07. - 28.08.2015
 Stand: 02.09.2015

Nr.	TÖB, Datum Eingang, Stellungnahme	Vorschlag Abwägung	Ergebnis Abstimmung
	<p><i>Aus den von mir zu vertretenen Belangen ergeben sich keine Einwände gegen das Vorhaben.</i></p> <p><i>Das Vorhaben grenzt unmittelbar an landwirtschaftlicher Nutzfläche an. Es ist mit landwirtschaftlichen Emissionen zu rechnen (Staub, Geruch, Lärm).</i></p> <p><i>Sofern Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen angrenzend an Ackerland geplant sind, sollten diese einen ausreichenden Abstand einhalten, damit keine nachteiligen Auswirkungen auf das Ackerland entstehen können, wie z.B. Beschattung, Nährstoff- und Wasserentzug sowie Behinderung der Bewirtschaftung mit Großmaschinen.</i></p> <p><i>Mit freundlichem Gruß Im Auftrag Gez. Hünsche“</i></p>	<p><i>„Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</i></p> <p><i>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Es wird eingeschätzt, dass die auf das Plangebiet einwirkenden Immissionen zeitlich nicht dauerhaft stattfinden (Pflügen/Eggen, Aussaat, Ernte). Die genannten Immissionen werden deshalb im derzeitigen Rahmen und unter Einhaltung der gültigen gesetzlichen Regelungen als im Misch- und Gewerbegebiet verträglich angesehen.</i></p> <p><i>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Eine Beeinträchtigung von landwirtschaftlicher Fläche wird durch die dargestellten Ausgleichsmaßnahmen als unerheblich erachtet. Eine Verschattung, Nährstoff- und Wasserentzug sowie Behinderung der Bewirtschaftung mit Großmaschinen bezogen auf landwirtschaftliche Flächen ist im Bereich des Feldweges nicht vorhanden. In der Nordwestecke des Plangebietes würde durch die Planung voraussichtlich ebenfalls keine wesentliche Beeinträchtigung entstehen, da sich hier bereits der Ortsrand mit Bebauung befindet. Am Übergang von der bebauten Ortslage zur Landschaft (hier landwirtschaftliche Fläche) ist grundsätzlich mit einer geringfügigen wechselseitigen Beeinträchtigung zu rechnen und das Prinzip der gegenseitigen Rücksichtnahme maßgebend.“</i></p>	
17	Halberstadtwerke GmbH, Postfach 1511, 38805 Halberstadt, Eingang: 26.08.2015		
	Sehr geehrter Herr Ziehe,		

BPlan "Osterwiecker Straße", Einheitsgemeinde Stadt Osterwieck Ortsteil Berßel
 Stellungnahmen der Behörden und Träger öffentlicher Belange zur erneuten Beteiligung
 gem. §4a Abs. 3 BauGB sowie benachbarter Städte und Gemeinden vom 29.07. - 28.08.2015
 Stand: 02.09.2015

Nr.	TÖB, Datum Eingang, Stellungnahme	Vorschlag Abwägung	Ergebnis Abstimmung
	<p>den geänderten B-Plan "Osterwiecker Straße" in Berßel haben wir erhalten und auf die Belange der HALBERSTADTWERKE geprüft.</p> <p>Unsere Stellungnahmen vom 30.04.2015 und 24.06.2015 behalten weiterhin ihre Gültigkeit.</p> <p><u>Wortlaut der Stellungnahme vom 24.06.2015:</u></p> <p>„Sehr geehrter Herr Ziehe,</p> <p>den geänderten B-Plan "Osterwiecker Straße" in Berßel haben wir erhalten und auf die Belange der HALBERSTADTWERKE geprüft.</p> <p>Die Hinweise aus unserer Stellungnahme vom 30.04.2015 behalten weiterhin ihre Gültigkeit. Weitere Ergänzungen gibt es aus unserer Sicht derzeit nicht. Bei Fragen stehen wir Ihnen gern zur Verfügung.</p> <p>Mit freundlichen Grüßen HALBERSTADTWERKE</p> <p><u>Wortlaut Stellungnahme vom 30.04.2015:</u></p> <p>„Sehr geehrter Herr Kuhlmann,</p> <p>den o.g. B-Plan „Osterwiecker Straße, Berßel“ haben wir erhalten und auf die Belange der HALBERSTADTWERKE geprüft.</p> <p>Im B-Plan-Gebiet sind Erdgashausanschlussleitungen für bestehende Gebäude vorhanden. Die Lage können Sie dem beigefügten Bestandsplan entnehmen. Diese Leitungen dürfen nicht überbaut werden! Eine weitere Erschließung und Versorgung des B-Plan-Gebietes mit Erdgas ist jederzeit möglich.</p>	<p>Die genannten Hinweise wurden bereits in der Abwägung zu den genannten Stellungnahmen berücksichtigt und in die Begründung eingearbeitet.</p> <p>Zur Übersicht werden im folgenden die Hinweise aus den Stellungnahmen und die zugehörige Abwägung im Wortlaut wiedergegeben:</p> <p><u>Wortlaut der Abwägung zu den Hinweisen der Stellungnahme vom 24.06.2015:</u></p> <p>„Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Die angesprochenen Leitungen befinden sich außerhalb der Baugrenzen.</p> <p>Der Nachvollziehbarkeit halber werden der Wortlaut der Stellungnahme vom 30.04.2015 und die Abwägungsvorschläge im Folgenden aufgeführt:</p> <p><u>Wortlaut Abwägungsvorschlag:</u></p> <p>„Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen und die Begründung ergänzt.““</p>	

BPlan "Osterwiecker Straße", Einheitsgemeinde Stadt Osterwieck Ortsteil Berßel
 Stellungnahmen der Behörden und Träger öffentlicher Belange zur erneuten Beteiligung
 gem. §4a Abs. 3 BauGB sowie benachbarter Städte und Gemeinden vom 29.07. - 28.08.2015
 Stand: 02.09.2015

Nr.	TÖB, Datum Eingang, Stellungnahme	Vorschlag Abwägung	Ergebnis Abstimmung
	<p><i>Diese sollte rechtzeitig mit den HALBERSTADT-WERKEN abgestimmt werden.</i> <i>Für Fragen zur Klärung technischer Belange steht Ihnen Herr Thiel unter 03941 / 579 365 gern zur Verfügung.</i></p> <p><i>Mit freundlichen Grüßen</i> <i>Halberstadtwerke““</i></p> <p>Weitere Ergänzungen gibt es aus unserer Sicht derzeit nicht. Bei Fragen stehen wir Ihnen gern zur Verfügung.</p> <p>Mit freundlichen Grüßen HALBERSTADTWERKE</p> <p>i.A. Alexander Hübner i.A. Antje Görlitz</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>	
24	Stadt Goslar, Charley-Jacob-Straße 3, 38640 Goslar, Eingang: 29.07.2015		
	<p>Sehr geehrter Herr Ziehe,</p> <p>wir bitten darum den BPL wie folgt zu ergänzen:</p> <p>Das MI 1, Mi 2 und Mi e sollte bitte gegenüber der freien Landschaft mit einer 5,0 m breiten Gehölzpflanzung abgeschirmt werden, sodass eine landschaftsgerechte Einbindung entsteht. Auch das Ge Gebiet sollte bitte nach Westen in gleicher Art landschaftsgerecht eingebunden werden (auf der Fläche für LW fehlt die Pflanzung).</p> <p>Mit freundlichen Grüßen i. A. Bernhard Klebe Stadt Goslar - Der Oberbürgermeister</p>	<p>Gem. § 4 Abs. 2 Satz 3 BauGB sollen sich die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange in ihren Stellungnahmen auf ihren Aufgabenbereich beschränken.</p> <p>Die Betroffenheit von Belangen oder Aufgabenbereichen der Stadt Goslar in den geäußerten Hinweisen und Inhalten ist nicht erkennbar und kann auch nicht nachvollzogen werden.</p> <p>Die von der Stadt Goslar geäußerten Hinweise und Anregungen finden keinen Eingang in Planung.</p>	

BPlan "Osterwiecker Straße", Einheitsgemeinde Stadt Osterwieck Ortsteil Berßel

Stellungnahmen der Behörden und Träger öffentlicher Belange zur erneuten Beteiligung

gem. §4a Abs. 3 BauGB sowie benachbarter Städte und Gemeinden vom 29.07. - 28.08.2015

Stand: 01.09.2015

Keine Einwände, Hinweise oder Anregungen hatten folgende Behörden und Träger öffentlicher Belange:

- Landesamt für Geologie und Bergwesen Sachsen-Anhalt, Postfach 156, 06035 Halle, Eingang: 25.08.2015,
- Landesamt für Vermessung und Geoinformation Sachsen-Anhalt, Otto v. Guericke Straße 15, 39104 Magdeburg, Eingang: 31.08.2015,
- Landeszentrum Wald Sachsen-Anhalt, (LZ Wald), Große Ringstraße 52, 38820 Halberstadt, Eingang: 03.08.2015,
- Landesstraßenbaubehörde - Regionalbereich West, Rabahne 4, 38806 Halberstadt, Eingang: 27.08.2015,
- Landesbetrieb für Hochwasserschutz und Wasserwirtschaft Sachsen-Anhalt, Otto v. Guericke Straße 5, 30104 Magdeburg, Eingang: 26.08.2015,
- Deutsche Telekom Technik GmbH, Huylandstraße 8, 38820 Halberstadt, Eingang: 26.08.2015,
- GDMcom Gesellschaft für Dokumentation und Telekommunikation mbH, Postfach 241263, 04332 Leipzig, Eingang: 30.07.2015

Keine Einwände hatten folgende Städte und Gemeinden:

- Gemeinde Huy, Bahnhofstraße 243, 38838 Huy / OT Dingelstedt am Huy, Eingang: 31.07.2015,
- Stadt Halberstadt, Domplatz 49, 38820 Halberstadt, Eingang: 05.08.2015,

Von folgenden beteiligten Behörden, Trägern öffentlicher Belange sowie Städten und Gemeinden wurde keine Stellungnahme abgegeben:

- Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie
Landesmuseum für Vorgeschichte Sachsen-Anhalt, Richard Wagner Str. 9, 06114 Halle (Saale),
- Regionale Planungsgemeinschaft Harz, Turnstraße 8, 06484 Quedlinburg,
- Unterhaltungsverband Ilse / Holtemme, Am Thie 6, 38871 Ilsenburg / OT Drübeck,
- Wasser - Abwasser - Ilsetal Osterwieck AöR, Hornburger Straße 20, 38835 Osterwieck,
- E.ON Avacon AG, Ohrlebener Weg 5, 38364 Schöningen,
- Harzer Verkehrsbetriebe, Postfach 10 12 65, 38842 Wernigerode,
- Entsorgungswirtschaft des Landkreises Harz AöR, Braunschweiger Straße 87 / 88, 38820 Halberstadt,
- Gemeinde Schladen-Werla, Am Weinberg 9, 38315 Schladen,
- Samtgemeinde Heeseberg, Helmstedter Straße 17, 38381 Jerxleben,
- Gemeinde Nordharz 1, Straße der Technik 4, 38871 Veckenstedt,
- Samtgemeinde Oderwald, Dahlgrundsweg 5, 38312 Börßum,
- Samtgemeinde Elm-Asse, Markt 3, 38170 Schöppenstedt.

Folgende Behörden und Träger öffentlicher Belange hatten bereits in ihren Stellungnahmen zur Beteiligung gem. §4 Abs. 2 BauGB geäußert, dass ihre Belange nicht berührt sind bzw. keine weitere Beteiligung gewünscht ist und wurden deshalb nicht mehr erneut gem. §4a Abs. 3 BauGB beteiligt:

- Eisenbahn-Bundesamt, Ernst - Kamieth - Str. 5, 06112 Halle (Saale),
- Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr, Postfach 2963, 53019 Bonn,
- DB Netz AG, Brandenburger Straße 1, 04103 Leipzig.

BPlan "Osterwiecker Straße", Einheitsgemeinde Stadt Osterwieck Ortsteil Berßel

Stellungnahmen der Behörden und Träger öffentlicher Belange zur erneuten Beteiligung
gem. §4a Abs. 3 BauGB sowie benachbarter Städte und Gemeinden vom 29.07. - 28.08.2015
Stand: 01.09.2015

Aufgestellt:

Hessen / Braunschweig, 2. September 2015

AG gebautes Erbe
An der Petrikerche 4
38100 Braunschweig

Büro Hessen:
Dipl. Ing. Frank Ziehe mit
Dipl. Ing. Hans-Joachim Meißner, Architekt BDA
Teichstraße 1
38835 Stadt Osterwieck OT Hessen